

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

E/XXI/15

Bonn, den 21. Januar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Not der Hochschulen	42

Sparen am falschen Platz

1a	Ohne Gespür	40
----	-------------	----

Bundespostminister und Senat Berlin
Eine "Berichtigung" des Bundespostministers Stücklen

2	Ein Jahr danach	42
---	-----------------	----

Vor einem Jahr äußerte sich die CDU/CSU noch positiv
zur Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung

3 - 5	Milliarden Menschen brauchen eine Wohnung	144
-------	---	-----

UN-Seminar diskutierte Probleme des Jahres 2000

Von Heinz Umrath

Not der Hochschulen

Sparen am falschen Platz

ler - Die öffentlichen Haushalte stehen unter der Diktatur der Finanznot. Sie zwingt zu rigorosen Sparmaßnahmen. Manche notwendigen Vorhaben müssen zurückgestellt werden, weil zu deren Finanzierung das liebe Geld fehlt. Alle können davon ein trauriges Lied singen - Bund, Länder und Gemeinden. Viele Jahre lang vernachlässigte Gemeinschaftsaufgaben bleiben auch weiter ungelöst.

Der Ruf nach Sparmaßnahmen schallt unüberhörbar durch die Lande, ausgelöst durch die begründete Furcht vor einer inflationären Entwicklung, die schon zweimal in einer Generation unser Volk heimsuchte und schreckliche wirtschaftliche und psychologische Folgen hinterließ. Vieles fällt nun dem Rotstift zum Opfer. Die Notwendigkeit der Ausgabeneindämmung wird von keiner Partei mehr bestritten; es geht nur darum, wo gespart werden kann und was Aufschub erträgt, ohne daß dabei für Volk und Staat lebenswichtige Belange zu kurz kommen.

Dies trifft freilich nicht für das Gebiet der Wissenschaftsförderung und des Ausbaus unserer Hochschulen zu. Wer hier den Rotstift ansetzt, denkt nicht mehr an unsere Zukunft, er versündigt sich am künftigen Wohlstand unseres Volkes und beweist, daß ihm der Sinn für die Erfordernisse der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts fehlt. Wir brauchen mehr Techniker, mehr Wissenschaftler, mehr Hörsäle, mehr Labortorien, mehr Studierplätze. Schaffen wir dies alles nicht, verlieren wir den Wettlauf mit den vergleichbaren Industrienationen, geraten wir in einen Rückstand von lebensbedrohendem Ausmaß.

Eine verstärkte Wissenschaftsförderung und der Ausbau unserer Hochschulen vertragen keinen Aufschub. Innen die finanzielle Blutzufuhr zu verringern oder zu verweigern, heißt den Boden zu erschüttern, auf dem wir stehen. Ein Blick auf die Vereinigten Staaten zeigt, daß dort trotz der drückenden Belastungen durch den Krieg in Südvietnam der Gesichtspunkt der Wissenschaftsförderung und der Schaffung von Studienmöglichkeiten für möglichst viele nicht aus den Augen verloren ging; die Frucht großer Anstrengungen läßt sich an den unerreichten Leistungen der amerikanischen Technik ablesen. Sie befähigt die USA, eine Weltrolle zu spielen.

Soweit kann und soll unser Ehrgeiz nicht reichen. Wir sind im Weltgeschehen auf eine bescheidenere Rolle angewiesen, wir können nur danach trachten, nicht auf untere Stufen zurückzufallen.

Um das zu verhindern, muß einiges geschehen. Da dürfen wir nicht knauserig sein und nur fiskalische Bedenken gelten lassen. Der Deutsche Wissenschaftsrat hat für das Jahr 1966 einen Betrag von 530 Millionen DM als unbedingt erforderlich für die Durchführung von baulichen Vorhaben gehalten, aber der Bund hat nur 350 Millionen DM bewilligt. Diese Summe reicht nicht aus, um nur die aller dringlichsten Vorhaben in Angriff zu nehmen. Sie entspricht nicht dem, was die Behebung unseres Bildungsnotstandes als Minimum abverlangt. Bundeskanzler Erhard selbst war es, der in seiner ersten Regierungserklärung sagte, der Bildungsnotstand sei das beherrschende Problem unserer Gesellschaft, wie es die soziale Frage für das 19. Jahrhundert war. Ist diese Erkenntnis schon vergessen?

Der kürzlich erfolgte Alarmruf unserer Rektoren darf nicht ungehört verhallen.

Ohne Gespür

Bundespostminister und Senat Berlin

- * Zu diesem unter obiger Überschrift in der Mittwoch-Ausgabe *
* des SPD-Pressedienstes erschienenen Artikel schickte uns *
* Bundespostminister Stücklen folgendes Telegramm: *

"Zu den Behauptungen des SPD-Pressedienstes vom 19. Januar 1966 im Zusammenhang mit den Forderungen der Landespostdirektion Berlin bei den Passierscheinaktionen erklärt Bundespostminister Stücklen nachdrücklich:

1. Er habe niemals und nirgends behauptet, daß die Tätigkeit der Postbeamten bei den Berliner Passierscheinstellen eingestellt werde.
2. Selbstverständlich wird diese Tätigkeit von Seiten der Deutschen Bundespost ohne Rücksicht auf eine Regelung der Kosten bei künftigen Passierscheinaktionen fortgesetzt werden.
3. Eine Veröffentlichung der Forderung der Deutschen Bundespost erfolgte weder durch das Bundespostministerium noch durch die Landespostdirektion Berlin, sondern offenbar von anderer Seite.
4. Der Vorwurf der SPD, "man begreife nicht, was man politisch mit derartigen Veröffentlichungen anrichtet", trifft in keinem Fall die Deutsche Bundespost. Solche unbegründeten Anschuldigungen vergiften die politische Atmosphäre."

* * *

Zu diesem Telegramm des Bundespostministers ist festzustellen, daß die am Mittwoch dieser Woche in mehreren deutschen Zeitungen veröffentlichten Meldungen bezüglich der Forderungen der Bundespost an den Berliner Senat nicht dementiert wurden und auch durch die obenstehende Erklärung des Ministers nicht dementiert werden.

Bereits am 7. Januar 1966 stand diese Forderung im Staatssekretär-Ausschuß zur Debatte. Bei dieser Gelegenheit wurde lediglich eine Empfehlung ausgearbeitet, wonach der Berliner Senat für die in der Vergangenheit der Post entstandenen Kosten bei Anstufen im Rahmen der Passierscheinregelung nichts zahlen sollte. Über die Kosten der künftigen Einsätze von Postangestellten sollte noch gesprochen werden.

Daraus ergibt sich, daß die obenstehende Erklärung des Bundespostministers insofern an der Sache vorbeigeht, als sie den unbestrittenen Tatbestand der bürokratisch gehandhabten Zahlungsforderung an den Berliner Senat völlig ignoriert. Wir müssen daher zu unserem Bedauern annehmen, daß der Bundespostminister noch nicht begriffen zu haben scheint, wie groß der Mangel an politischem Gespür derjenigen Stelle seines Ministeriums ist, die den ganzen "Vorgang" nach der Methode 08/15 bearbeitet hat.

Die Redaktion

Ein Jahr danach

Vor einem Jahr äußerte sich die CDU/CSU noch positiv
zur Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung

sp. - "Aus grundsätzlichen rechtlichen, volkswirtschaftlichen und politischen Erwägungen kann sich die Bundesregierung zu einer Ausdehnung der Mitbestimmung über den Montanbereich hinaus nicht verstehen." Derart hat sich Bundeskanzler Erhard in seiner Regierungserklärung vom 10. November erklärt, nachdem sich unmittelbar zuvor die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände konsequent gegen eine Ausweitung der Mitbestimmung ausgesprochen hatte.

Vor dem Wahltag hatte man es, zumindest vom "linken Flügel" der CDU, aber nicht nur von ihm, noch ganz anders gehört. Wenn in Wahlversammlungen an Rhein und Ruhr die Herren um den nunmehrigen Arbeitsminister und damaligen Unions-Linksaußen Hans Katzer auf die Mitbestimmung angesprochen wurden, verwiesen sie die Fragesteller auf das positiv verlaufene Gespräch des Präsidiums der CDU mit dem Vorstand des Deutschen Gewerkechaftsbundes am 18. Januar 1965.

Jenes Gespräch, nun genau ein Jahr alt, schilderten die Sozialausschüsse so:

- * "Bei dem letzten Gespräch zwischen CDU-Präsidium und DGB-Bundes-
- * vorstand vertrat auch Bundesvorsitzender Dr. Adenauer die Auf-
- * fassung, daß die Mitbestimmung nicht ausgehöhlt werden
- * dürfe, sondern im Gegenteil ausgebaut werden sollte."

Und auch an anderer Stelle legten sich die Sozialausschüsse im Hinblick auf die CDU-DGB-Konferenz in dieser Weise grundsätzlich fest:

- * "Die Mitbestimmung ist eine Forderung der christlich-sozialen
- * Bewegung seit den ersten Tagen des 19. Jahrhunderts. Konrad Ade-
- * nauer schuf 1951 gemeinsam mit dem 1. DGB-Vorsitzenden Hans
- * Böckler die Mitbestimmung bei Kohle und Eisen. In einem Gespräch
- * des Bundespartei-Präsidiums der CDU/CSU und dem DGB-Bundesvor-
- * stand am 18. Januar 1965 bekennt sich die CDU/CSU grundsätz-
- * lich zu einer A u s w e i t u n g der Mitbestimmung."

Genau das Gegenteil von dem, was die CDU/CSU vor dem Wahltag zur Mitbestimmung zu sagen wußten, stand dann am 10. November 1965 in Ludwig Erhards Regierungserklärung. Einmal mehr ist von einem Wahlversprechen der Union - auch Ludwig Erhard ist ja Mitglied des Parteipräsidiums - so gut wie nichts übrig geblieben. Sofern man im Augenblick davon absieht, daß sich der Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der CDU, der eben erst in den Bundestag gewählte Katzer-Vertraute Josef Russe, zum (mitbestimmenden) Arbeitsdirektor des nicht der qualifizierten Mitbestimmung unterliegenden VEBA-Konzerns hat bestellen lassen... Im übrigen wäre es interessant, zu wissen, ob Altkanzler Adenauer wenigstens persönlich zu dem steht, was er laut Sozialausschüssen an jenem denkwürdigen 18. Januar 1965 erklärt haben soll!

Milliarden Menschen brauchen eine Wohnung

UN-Seminar diskutierte Probleme des Jahres 2000

Von Heinz Umrath

Innerhalb einer Generation wird sich die Weltbevölkerung nach exakten wissenschaftlichen Schätzungen verdoppelt haben. Das bedeutet, daß im Jahre 2000 rund 6,6 Milliarden Menschen auf unserer Erde leben. Wo aber sollen diese Menschen wohnen, wenn - nach statistischen Berechnungen - die Nachfrage nach Bauland in der gleichen Zeit noch stärker als die Bevölkerungszahl, nämlich um 200 Prozent, ansteigt? Mit dieser Frage beschäftigte sich kürzlich in Paris ein Seminar, an dem unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen Städteplaner, Baufachleute und Vertreter internationaler Organisationen teilnahmen.

Der Präsident des Seminars, Professor R. Macé, Ministerialdirektor für Raumordnung und Städtebau, wies darauf hin, daß das Baulandproblem eine Entwicklung auslöst, die zu einem neuen Lebensstil führt. So ergeben sich auch im Hinblick auf die Wohnwünsche starke Gegensätze: Die meisten unserer Zeitgenossen bejahen und verneinen gleichzeitig den Ateuzug das Leben in der Großstadt. Sie wollen sozusagen neben dem industriellen Arbeitsplatz, der Universität und dem Theater einsam in einem Häuschen im Grünen wohnen. Das hat eine städtebauliche Konzeption zur Folge, die immer höhere Ansprüche an den immer knapper werdenden Rohstoff "Bauland" stellt, vor allem in den städtischen Ballungsgebieten. Dazu kommt noch, daß gerade hier die Frage nach baureifen Böden viel stärker steigt als die Zahl der Bevölkerung. Diese Entwicklung unterstreicht wiederum die Notwendigkeit des Baus von zahlreichen Hochhäusern, unter anderm im Zusammenhang mit Grünflächen, Spiel- und Sportplätzen, sowie großzügigen Verkehrsanlagen.

Die Feststellung des zukünftigen Bedarfs an Bauland und eine Bilanz von Angebot und Nachfrage, die Planung eines angemessenen Vorrats und die Sorge dafür, daß die vorgesehenen Böden auch aufgeschlossen werden, sind Gesichtspunkte, die die Notwendigkeit eines ausreichenden Verwaltungsapparates unterstreichen. In vielen Ländern wird deshalb eine Verbesserung der teilweise unzulänglichen Einrichtungen angestrebt, um den kommenden Aufgaben gerecht zu werden.

Steigende Baulandpreise

Im Mittelpunkt des Interesses standen die steigenden Baulandpreise, zumal in der Marktwirtschaft Westeuropas der Preis die endgültige Verwendung der Grundstücke weitgehend beeinflusst. Von östlicher Seite wurde dagegen betont, daß es zwar in allen kommunistischen Ländern mit Ausnahme der Sowjetunion noch in gewissem Ausmaß privaten Grundbesitz gibt, daß aber jede Möglichkeit zur Spekulation unterbunden ist. Dem steht gegenüber, daß die marktwirtschaftlich orientierten Länder durch Stadt- und Raumplanung und andere Maßnahmen mehr oder weniger die Verwendung und damit den Preis von Grundstücken beeinflussen. In beiden Fällen wird jedoch bei der Aufschließung und der Auswahl beziehungsweise Zuweisung von Bauland auf die wirtschaftlichen Kosten Rücksicht genommen.

Aus der Diskussion wurde deutlich, daß sowohl im Osten wie im Westen in steigendem Maße die Kosten für die Aufschließung von entscheidender Bedeutung sind. Als nicht weniger bedrohlich wird aber

der ständig wachsende Mangel an Arbeitskräften und Baumaschinen angesehen. Der Gedankenaustausch der Teilnehmer ergab deutlich, daß man im Grunde überall noch auf der Suche nach einer brauchbaren Lösung des Baulandproblems ist. Vor allem auch darum, weil die in einigen Ländern eingeführten neuen und oft sehr einschneidenden Maßnahmen nicht immer den Erwartungen entsprochen haben. So wurden oft erhöhte Grundsteuern für unbebaute Grundstücke auf den Käufer abgewälzt. Praktisch wurde dadurch in vielen Fällen der Verkauf blockiert, denn die Absicht, den Verkauf von Bauland zu fördern, wurde durch das Zögern der Kaufaspiranten vereitelt. Auch die Abschöpfung von Spekulationsgewinnen hat nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt.

In den Niederlanden und in Schweden waren die Städte und Gemeinden bisher im allgemeinen noch in der Lage, ausreichende Bodenreserven für ihre umfangreichen Ausbreitungspläne zu erwerben. Daß dies nur mit Hilfe einer verhältnismäßig fortschrittlichen Enteignungsgesetzgebung möglich war, versteht sich von selbst. Der stets größer werdende Bedarf an Bauland und die Finanzkraft großer privater Interessengruppen werfen aber auch in diesen Fällen ernste Probleme auf. Bereits jetzt wird hierdurch beispielsweise die Amsterdamer Tradition bedroht, das sich überwiegend in Kommunalbesitz befindliche Bauland nur in Erbpacht auszugeben und dadurch den künftigen Wertzuwachs für die Gemeinschaft sicherzustellen, weil ja hierdurch große Kapitalien auf lange Zeit festgelegt werden.

Norwegische Lösung

Unter den verschiedenen Maßnahmen zur Verhinderung von Preissteigerungen und das Brachliegen von Bauland in Entwicklungszonen sind die norwegischen wohl die weitestgehenden. Dort wird der bei der Veräußerung von Grundbesitz frei werdende Wertzuwachs - also der Unterschied zwischen dem Erwerbs- und dem Verkaufspreis - als Einkommen angesehen, das im Jahre der Veräußerung genossen wurde. Der Verkaufserfolg wird daher in dem betreffenden Jahr zum übrigen Einkommen hinzugerechnet und nach den geltenden Bestimmungen versteuert. Bei größeren Transaktionen hat das zur Folge, daß der Gewinn weitgehend abgeschöpft wird. Dieses System kann allerdings dazu führen, daß wenig Land zum Verkauf angeboten wird und durch diese Beschränkung des Angebotes die Preise steigen. Um diese Gefahr aufzufangen, ist man in Norwegen dazu übergegangen, bei freiwilligem Verkauf an die zuständige Gemeinde den Steuersatz stark zu ermäßigen. Kommt es zwischen dem Verkäufer und der Gemeinde zu keiner Einigung, findet Enteignung statt, wodurch dann automatisch wieder die hohe Besteuerung erfolgt. Ob andere Länder bereit sein werden, der Grundsatz zu folgen, daß Vermögenszuwachs bei Verkauf von Grundbesitz als Einkommen normal zu versteuern ist, erscheint fraglich. Allerdings sollte vielleicht erwogen werden, ob der Gedanke steuerlicher Erleichterungen bei freiwilligem Verkauf an Gemeinden oder gemeinnützige Organe nicht als Vorbild dienen kann.

In der norwegischen Praxis hat sich ergeben, daß die Barzahlung des Kaufpreises oder der Entschädigung im Falle einer Enteignung aus zwei Gründen zu Schwierigkeiten führen kann. Erstens ist es nicht ausgeschlossen, daß die Mobilisierung großer, bisher in Form von Liegenschaften eingefrorener Kapitalien inflationistische Impulse auslösen kann. Zweitens wird es für die Gemeinden immer schwieriger, die für größere Bodenkäufe erforderlichen finanziellen Mittel aufzubringen, um so mehr, als auch die Aufschließungskosten weiter steigen. Eine von der norwegischen Regierung eingesetzte Kommission, die dieses Problem eingehend untersucht hat, kam zu dem Ergebnis, daß Bezahlung

in Form von Staats- oder Kommunal-Obligationen an Stelle von Barzahlung die beste Lösung darstellt. Um zu vermeiden, daß die Empfänger dieser Obligationen - die ja eine Art Zwangsanleihe sind - die Papiere sofort wieder abstoßen, empfahl die Kommission besondere Steuerergünstigungen für diejenigen, die die Obligationen während der gesamten Laufzeit von zehn beziehungsweise zwanzig Jahren in ihrem Besitz behalten.

Italien sucht Kompromißlösung

Auch in Israel interessiert man sich für eine derartige Lösung, die übrigens auch vom Internationalen Wohnungsbau-Ausschuß des IBF vorgeschlagen wurde. Als Ergebnis jahrelanger Erfahrung erwägt man hier, diesen Anleihen durch die Koppelung an einen Index eine gewisse Wertbeständigkeit zu geben, zumal viele kleinere Grundbesitzer ihr Geld gerade im Hinblick auf eine Sicherung gegen Preissteigerungen in Grundbesitz investiert haben.

Zu anderen Maßnahmen, die interessant erscheinen, gehörte ein italienisches Gesetz, in dem vorgeschrieben war, daß bei Enteignung für den sozialen Wohnungsbau der Grundpreis gelten sollte, der zwei Jahre vor Genehmigung des Flächennutzungsplanes auf dem freien Markt üblich war. Inzwischen wurde diese Bestimmung vom italienischen Verfassungsgericht für ungültig erklärt, vor allem, weil die tatsächliche Enteignung mitunter erst zehn Jahre nach der Blockierung der Grundstücke durch den Plan stattfindet, wodurch dem Eigentümer erhebliche Verluste entstehen können. Das italienische Parlament sucht nunmehr nach einer Kompromißlösung.

Allgemein findet der Gedanke, das Preisniveau, das vor der Aufstellung von Ausbreitungs- und Sanierungsplänen gilt, als Ausgangspunkt für die Preisberechnung zu nehmen, immer mehr Anklang. In England wird dieser Maßstab bereits angewendet.

Übereinstimmung herrscht in Fachkreisen auch darüber, daß der Landerwerb für Wohnungsbau nicht isoliert werden kann. Zunächst erfordern zugehörnde und nachfolgende Einrichtungen, wie Läden, Schulen, Grünanlagen und Verkehrseinrichtungen, viel Land, das bei der Planung gleich berücksichtigt werden muß. Außerdem muß die Wohnung so gelegen sein, daß der Arbeitsplatz bequem erreichbar ist. Hier erwachsen für die Städte- und Raumplanung noch umfangreiche Aufgaben, die wirtschaftlichen und soziologischen Folgen und Bedingungen und den gesamten Komplex der Vorbereitungs- und Aufschließungskosten zu erforschen.

Vertreter von Genossenschaften betonten in dem Seminar wiederholt die Notwendigkeit, gemeinnützige Gesellschaften und Organe einzuschalten, da diese wichtige Instrumente einer Politik sind, die auf eine Ausschaltung von Spekulationsgewinnen abzielt. Wirksame Maßnahmen erscheinen um so dringlicher, wenn man vermeiden will, daß die Wohnung in absehbarer Zeit für den arbeitenden Menschen unbezahlbar wird oder daß sich Massensiedlungen - fern von jeder Möglichkeit angemessener Freizeitgestaltung - entwickeln, die viele Errungenschaften der letzten Jahrzehnte wieder in Frage stellen.